

03.12.2023



Grundsatzpapier der AfD-Kreistagsfraktion Mühldorf zum Thema Landkreiswerk.

Ausbau der Strom-Produktion mit Windkraft und Photovoltaik im Landkreis Mühldorf!

Grundsätzliches:

Dieses Papier bezieht sich ausschließlich auf die Strom-Produktion von Wind und Photovoltaik. Andere Energie-Erzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien, insbesondere Wärmeerzeugung aus Geothermie, welche wir ausdrücklich begrüßen, sind nicht Gegenstand dieser Stellungnahme!

Seit dem Jahr 2002 wird im Rahmen des EEG (erneuerbare Energie Gesetz) in Deutschland die Stromerzeugung aus Wind und Photovoltaik stetig ausgebaut. Derzeit (Stand 2022) beträgt dieser Anteil an der deutschen Stromproduktion im Jahresmittel ca.35 %. Mit dem Anstieg der Stromproduktion aus Wind und Photovoltaik, stieg der Strompreis von ca. 14 Cent (2002) auf ca. 37 Cent (2023), mit weiter steigender Tendenz.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass Biogas und andere Erzeugung mit zusammen ca. 11%, und die schon immer vorhandene Wasserkraft mit ca. 3,5 % bei dieser Entwicklung nur eine untergeordnete Rolle spielen!

Die Gründe für diesen exorbitanten Anstieg liegen insbesondere an dem Ausbau der nötigen Infrastruktur (Netzausbau und Errichtung der Anlagen), welche über staatliche Lenkungsmaßnahmen (massive Subventionen), auf die Stromkunden umgelegt werden. Aber sind auch in der Tatsache begründet, dass Wind und Photovoltaik als volatile Erzeuger nicht ständig in gleichem Umfang Strom produzieren. Um diese Leistungsschwankungen auszugleichen, wird praktisch eine zweite Infrastruktur von konventionellen Kraftwerken benötigt um im Bedarfsfall einspringen zu können, damit die gesetzlich vorgeschriebene Versorgungssicherheit, insgesamt

aufrecht erhalten werden kann. Natürlich kostet eine zweite Infrastruktur welche nur zeitweilig gebraucht wird, aber immer in Bereitschaft stehen muss sehr viel Geld, welches auch der Stromkunde zahlen muss. Auch Stromimporte werden verstärkt zur Sicherung der deutschen Stromnetze genutzt.

Im zweiten Quartal dieses Jahres wurden 7,1 Milliarden Kilowattstunden (kWh) mehr ein- als ausgeführt. (Quelle: Statistische Bundesamt.). Importstrom aber ist besonders teuer. Neue Zahlen des Wirtschaftsministeriums belegen, dass die Kosten für Stromimporte seit April (nach Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke) auf 2,6 Milliarden Euro gestiegen sind.

Ein weiteres Problem das erhebliche Kosten verursacht, sind die Anzahl der Regelungseingriffe, sogenannter Redispatch-Maßnahmen, welche mit dem stetigen Ausbau volatiler Erzeugung nötig werden um das Stromnetz stabil zu halten, kosteten im Jahr 2022 4,2 Milliarden Euro (2,3 Milliarden 2021), für die natürlich auch der Stromkunde aufkommt!

Windkraft!

Mit dem in Kraft treten des sogenannten „Wind an Land Gesetz“, am 01.02.2023, welches die Bundesregierung verabschiedet hat, soll der Ausbau von Windkraftanlagen im Binnenland massiv ausgebaut werden. Jedes Bundesland und damit natürlich auch die Landkreise müssen sogenannt Wind-Vorranggebiete ausweisen, in denen dann der Bau von WKA und Freiflächen-Photovoltaik privilegiert möglich ist. In Bayern sind dafür 1,8% der Landesfläche vorgesehen. Nun ist Bayern aber insgesamt und der Landkreis Mühldorf im besonderen ein sogenanntes Schwachwind- Gebiet. Keine Windkraftanlage lässt sich bei unseren schwachen Windverhältnissen auch nur annähernd wirtschaftlich betreiben, weshalb bisher hier im Landkreis auch noch keine gebaut wurden. Mit dem neuen Gesetz ist die garantierte Einspeise-Vergütung in Schwachwind-Gebieten drastisch auf 11,6 Cent/kWh erhöht worden, womit auch unrentable Standorte auf Kosten der Stromkunden mit den Methoden einer sozialistischen Planwirtschaft in den Markt getrieben werden sollen. Zu einer nachhaltigen Versorgungssicherheit werden diese Anlagen so gut wie nichts beitragen können, denn wo so gut wie kein Wind weht, da kann auch kein Strom erzeugt werden!

Leider fallen derzeit vermehrt Grundstückseigentümer und auch öffentliche Verwaltungen auf oftmals allzu optimistische Rentabilitätsberechnungen und Studien herein, in welchen die Erzeugungsleistungen und damit die Rentabilität der Anlagen schön gerechnet sind. Abgesehen von der mangelnden Rentabilität und der weitgehenden Nutzlosigkeit dieser Anlagen in Sachen nennenswerter quantitativer Erzeugung, bringen solche Anlagen insbesondere in Waldgebieten eine ganze Reihe von Nachteilen mit sich!

Große Waldflächen werden versiegelt und Schneisen für die Versorgungsstraßen und sonstige Infrastruktur müssen in die Wälder geschlagen werden, was bei Stürmen eine große Gefahr für Windwurf mit sich bringt. Windkraftanlagen können im Brandfall, z.B. durch Blitzschlag nicht gelöscht werden. Das stellt insbesondere im Sommer bei trockenen Wäldern eine ernstzunehmende Gefahr für eine Ausbreitung von Feuer im Wald dar.

Die Beeinträchtigungen für die Tierwelt sind insbesondere durch den Lärm und die Schwingungen der Anlagen, welche an den Boden abgegeben werden erheblich! Kurz um, Windkraftanlagen sind Industriebauten zur Stromerzeugung und gehören nicht in die Wälder!

Aber auch für andere angedachte Standorte ergeben sich erhebliche Beeinträchtigungen. Der Süden Bayerns ist sehr dicht besiedelt. Große Windkraftanlagen mit bis zu 300 Meter Gesamthöhe verändern nachhaltig das Bild unserer gewachsenen Kulturlandschaft, die so zentral wichtig ist für den Tourismus in Bayern. Bei 1000 geplanten Windkraftanlagen, welche von der Staatsregierung

als Ziel für Bayern ausgegeben wurde, wird unsere Heimat in ihrem bei Urlaubern aus aller Welt beliebten Erscheinungsbild so nachhaltig und dauerhaft negativ verändert, dass von erheblichen Einbußen beim Tourismus ausgegangen werden muss.

Und natürlich sinken die Immobilienpreise um Windkraftanlagen erheblich. Lärmbelästigung, große Anlagen erzeugen bis zu 106 dB, und Schattenwurf will niemand abends auf der Terrasse hören und sehen, weshalb Wohngebäude im Einzugsbereich solcher Anlagen drastisch an Wert verlieren.

Freiflächen-Photovoltaik:

Große Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen sehen wir äußerst kritisch. Vor allem wenn dafür landwirtschaftliche Flächen genutzt werden. Hier muss immer der Erzeugung von Nahrung und Futtermittel oberste Priorität vor der Stromerzeugung gelten. Es wurden in der Vergangenheit schon viel zu viele Flächen, welche für die Erzeugung und damit der Eigenversorgung unseres Landes mit Lebensmitteln notwendig sind, für eine Bepflanzung mit Energiemais für Biogasanlagen zweckentfremdet!

In diesem Zusammenhang müssen auch die EU-Vorgaben für die Flächenstilllegung von Landwirtschaftlichen Flächen und die angedachten Renaturierungen für Moorflächen mit in die Betrachtung einbezogen werden!

Angesichts der Tatsache, dass sich unser Land nicht mehr vollständig selbst mit Lebens- und Futtermittel versorgen kann, darf sich ein solches Zweckentfremden für die Stromproduktion von landwirtschaftlichen Flächen keinesfalls wiederholen!

Wirtschaftliche Beweggründe, welche fast immer die Motivation für die Bebauung mit Photovoltaik auf Freiflächen ist, dürfen nicht dazu führen dass wir noch mehr Flächen der Lebens- und/oder Futtermittel Produktion verlieren!

Kaum Nutzbare Böschungen, z.B. an Autobahnen, wie im Rahmen der „Innovationsachse A94“ angedacht, sind Sonderfälle die sich zur Stromerzeugung durch Photovoltaik anbieten. Hier sehen wir eine Nutzung durchaus positiv. Grundsätzlich aber und zuallererst gehört Photovoltaik auf Dächer und nicht auf den Acker!

Zumal noch sehr viele Dachflächen im Land ungenutzt sind!

Fazit:

Objektiv betrachtet, ist ein direkter Zusammenhang zwischen der Stromproduktion aus sogenannten erneuerbaren Energien, und massiv steigenden Preisen festzustellen. Und natürlich wird sich diese Entwicklung mit jeder weiteren Anlage volatiler Erzeugung weiter fortsetzen. Die einst vom grünen Umweltminister Jürgen Trittin getätigte Aussage, die Energiewende würde den deutschen Haushalten nur eine Kugel Eis im Monat kosten, hat sich als völlig falsch herausgestellt! Ein weiterer Anstieg der Strompreise muss unter allen Umständen verhindert werden, weil sonst noch mehr Industriebetriebe abwandern und damit Arbeitsplätze und Wohlstand verloren gehen. Um einen weiteren Anstieg der Stromkosten in Deutschland zu verhindern, muss also der weitere großflächige Zubau von Windkraftanlagen und großen Freiflächen-Photovoltaik-Flächen gestoppt werden, auch wenn von der Berliner Ampel-Regierung anderes vorgesehen ist. Denn eines ist Fakt: Teuerungen bei der Energie in Deutschland allgemein, und beim Strom im Besonderen, sind politisch durch Gesetze, Verordnungen und Subventionen verursacht und müssen deshalb auch durch eine Änderung der Energiepolitik korrigiert werden.

Fast alle anderen bedeutenden Industrienationen, welche auch dem Pariser Klima-Schutzabkommen beigetreten sind, gehen in der Stromproduktion der Zukunft andere Wege. Insbesondere die grundlastfähige Kernenergie erfährt vor dem gewünschten Hintergrund von CO₂-Vermeidung bei der Stromproduktion weltweit einen massiven Zubau. Dabei spielen neue Technologien mit Reaktoren neuester Bauart eine entscheidende Rolle. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ankündigung von mehr als 20 Staaten auf der Welt-Klimakonferenz in Dubai, ihre Stromproduktion aus Kernkraft bis 2050 zu verdreifachen. Darunter sind so bedeutende Staaten wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Schweden, Finnland, Südkorea und selbst Japan. Den deutschen Sonderweg, nur auf Wind und Solar zu setzen, welcher erkennbar eine Sackgasse darstellt, gehen diese Länder nicht mit.

Das ist insbesondere auch industriepolitisch von Bedeutung, weil es sich bei vielen dieser Staaten um Konkurrenten unserer exportabhängigen Wirtschaft handelt, deren Industrie damit einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil erhält.

Für den Landkreis Mühldorf, der ohnehin schon einen erheblichen Anteil seines Strombedarfs aus sogenannten erneuerbaren Energien (insbesondere Photovoltaik und Wasserkraft) deckt, bedeutet dies deshalb eben nicht, jetzt hier schnellstmöglich und in blindem Gehorsam gegenüber der Berliner Ampelregierung privilegierte Vorrang-Flächen auszuweisen und zu bebauen, sondern den Ausbau mit allen legalen Mitteln, insbesondere Genehmigungs- und Verwaltungsrechtlicher Art hinauszuzögern bis zur nächsten Bundestagswahl. Es gilt hier auch Zeichen zu setzen für die Politik in Berlin. Und damit die klare Forderung an eine neue Bundesregierung zu verbinden, diese fatale Fehlentwicklung einer ideologisch motivierenden Energiewende und eines daraus ab/fehlgeleiteten EEG zu korrigieren! Eine offensichtlich falsche, völlig untaugliche Politik unterstützt man nicht, sondern berichtigt diese!

Es braucht eine Wende beim EEG, denn noch mehr vom Schlechten bewirkt bekanntlich nichts Gutes!

Die AfD wird, sowohl überregional wie auch kommunal, im Interesse der Bürger und Stromkunden alles ihr Mögliche unternehmen, diese Wende herbeizuführen und einen weiteren Zubau von volatiler Erzeugung, insbesondere aus Windkraftanlagen in Schwachwind-Gebieten und großen Photovoltaik-Freiflächen zu verhindern!

Autor: Oliver Multusch,

Fraktionssprecher der AfD Kreistagsfraktion im Namen der Fraktion